

II-3236 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 16541J

A N F R A G E

1988-02-25

der Abgeordneten Buchner und Mitunterzeichner
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend der Aussagen im Umweltbericht 1985 des Bundesministeriums
für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

In obzitiertem Umweltbericht über die Umweltprobleme in der Verstaatlichen Industrie sind schwerwiegende Vorwürfe betreffend schwere Beeinträchtigungen der Umwelt durch verstaatlichte Betriebe erhoben worden.

Bereits im Jahre 1986 haben die genannten Betriebe gegenüber dem Ministerium schriftlich zu diesem Bericht Stellung genommen.

Offenbar wurde aufgrund der schweren, brisanten Anschuldigungen weiter geheimgehalten, selbst die zuständigen Gewerbebehörden erhielten trotz Anfrage keinerlei Auskünfte.

Obwohl der Bericht im Mai 1987 auszugsweise im deutschen Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" publiziert und die Staatsanwaltschaft Linz in Bezug auf diese Publikation schriftlich zum Einschreiten aufgefordert wurde, blieb der Umweltbericht weiter unter Verschuß.

Viele Feststellungen im Bericht lassen eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung befürchten, sodaß die Geheimhaltung unverantwortlich erscheint.

Nach Bekanntwerden der Existenz und des Inhaltes dieses Berichtes wurde mittels einer eilig zusammengestellten Presseunterlage versucht, die aufgezeigten Probleme als "nicht mehr aktuell, übertrieben, bereits erledigt" abzutun.

Allerdings wurden in der Gegenstellungnahme viele Vorwürfe nicht behandelt und allgemein der Eindruck erweckt, daß der vom eigenen Ministerium in Auftrag gegebene Bericht in seiner Qualität nicht ernstzunehmen sei.

Auch die gegenüber den Medien abgegebenen Stellungnahmen der verantwortlichen Manager der Verstaatlichen Industrie waren wider-

sprüchlich und vom Bemühen der Bagatellisierung getragen. Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E N :

- 1.) Warum wurde der Umweltbericht 1985 nicht umgehend den jeweils zuständigen Gewerbebehörden übermittelt?
- 2.) Wurden dadurch entsprechende Vorschreibungen, Auflagen und Sanierungsmaßnahmen verzögert?
- 3.) Betreffend die öffentliche Wirtschaft hat die Bevölkerung ein besonderes Informationsrecht. Warum wurde der Umweltbericht solange geheimgehalten?
- 4.) Wann ist der Umweltbericht 1985 dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie übergeben worden?
- 5.) Ist der Umweltbericht 1985 von Behörden und Einzelpersonen vor dem Jänner 1988 angefordert worden? Wenn ja, von wem?
- 6.) Haben aufgezeigte Gesetzesverletzungen strafrechtliche Konsequenzen für Betriebsverantwortliche nach sich gezogen? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
- 7.) Im Bericht werden bei allen verstaatlichten Betrieben gravierende Mängel bei der Sondermüllentsorgung aufgezeigt. Der Berichtverfasser schlägt zur Abhilfe die Einrichtung eines koordinierenden und kontrollierenden Umweltbüros der ÖIAG vor. Ist die Einrichtung eines solchen Büros geplant? Wann? In welcher Form? In welchem Standort?
- 8.) Ist beabsichtigt, in Zukunft jährlich einen vollständigen Umweltbericht über die Verstaatlichte herauszugeben?
- 9.) Wo, wie und durch wen werden die PCB-haltigen Alt- und Trafoöle und die chlorhaltigen Lösungsmittel für alle Betriebe der Verstaatlichten Industrie, insbesondere der VÖEST Alpine AG Linz (VA)

und der CHEMIE LINZ AG (CLAG) entsorgt und in welchen Mengen?

10.) Waren die unbestrittenen Versuche der Beigabe von chlorhaltigen Lösungsmitteln in den Hochofen der VA Linz behördlich genehmigt, ab wann und welche Ergebnisse haben die Untersuchungen durch Prof. Hutzinger erbracht?

11.) Welche Abfälle der CLAG wurden in welchen Mengen zu welcher Zeit in welchen Anlagen der VA Linz entsorgt? Gibt es hierfür eine gewerbebehördliche Genehmigung? Seit wann?

12.) Wo ist die durch Sondermüllverbrennung kontaminierte Hochofenschlacke gelagert, wurde sie weiterverarbeitet, auf welche Weise und in welchem Umfang?

13.) Durch eine Jahresmessung der Immissionsschutzabteilung des Amtes der Oö. Landesregierung wurde schon vor Jahren eine sehr hohe Schwermetallbelastung im Staub der Linzer Luft festgestellt. Gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Emissionen der alten Sinterbänder 1 - 4, auf die das Filtergut des Elektrofilters des Sinterbandes 5 aufgebracht und auf diese Weise beseitigt wurde bzw. wird?

14.) Werden die Fluoremissionen der Sinteranlage gemessen, wie hoch sind sie und sind sie die Ursache für das Fluorproblem im Raum St. Georgen/Gusen?

15.) Welche Maßnahmen sind bei der Sinteranlage der VA Linz zur Minimierung der Staub-, Schwermetall-, SO₂- und Fluoremissionen geplant, nachdem der ursprünglich geplante Neubau der Sinteranlage zurückgestellt worden ist? Wann werden diese Maßnahmen realisiert?

16.) Die VA Linz betreibt am Werksgelände eine Hüttendeponie. Diese Deponie muß aufgrund ihrer Beschickung als Sonderabfalldeponie bezeichnet werden. Dafür ist keine Genehmigung vorhanden. Die Deponie ist gegenüber dem Grundwasser und gegenüber der Traun nicht abgedichtet. Wann und durch welche Maßnahmen wird ein gesetzmäßiger Zustand hergestellt?

17.) Sind sämtliche Altlasten im Bereich der Verstaatlichten Industrie bekannt? Wenn ja, wo befinden sie sich, welche Sanierungsform ist wann vorgesehen? Wenn nein, werden entsprechende Bodenuntersuchungen

veranlaßt?

- 18.) Wann wird mit der Sanierung jener Altlasten auf den Werksgebänden der VA Linz bzw. CLAG begonnen werden, die im Grundwasserbereich liegen und zugeschüttet wurden?
- 19.) Aus der CLAG wurden mit chlorierten Lösungsmitteln kontaminierte Aktivkohlefilter in der Kokerei der VA Linz vergast. Welche Schadstoffe konnten dort unkontrolliert entstehen und entweichen? Werden auch zum jetzigen Zeitpunkt noch solche Filter entsorgt?
- 20.) Ist die Krebshäufigkeit bei Kokereiarbeitern höher als im Bevölkerungsdurchschnitt, weil die Herausgabe diesbezüglicher Untersuchungsergebnisse verweigert wurde?
- 21.) Wie lange wird die CLAG noch Produkte auf der Grundlage von chlorierten Kohlenwasserstoffen erzeugen, die in anderen Staaten längst verboten wurden und deren Problematik hinreichend bekannt ist?
- 22.) Ist es verantwortbar, daß in der CLAG zur Herstellung von Pflanzenschutzmitteln nun auch das berüchtigte Giftgas Phosgen erzeugt wird? Welche Auswirkungen auf Linz und die Nachbargemeinden würde ein Unfall mit Phosgen haben?
- 23.) Welche Maßnahmen sind zur Reduktion der Ammoniakemissionen der Salpetersäureanlage und der PEC-Anlage der CLAG geplant?
- 24.) Wann wird die alte Elektrolyse der AMAG Ranshofen stillgelegt?
- 25.) Welche Maßnahmen sind zur Sanierung der Werksdeponie "Klostermühle" der AMAG wann vorgesehen?
- 26.) Hat die ÖMV im Tanklager Lobau chlorierte Kohlenwasserstoffe gelagert? Welche Mengen? Welche Arten?
- 27.) Durch den höheren Entschwefelungsgrad von Mineralölprodukten fällt bei der ÖMV mehr Schwefel an. Kommt es dadurch zu einer höheren SO₂-Emission?

- 28.) Das Werk Arnoldstein der BBU verfügt über keine ausreichenden Kläranlagen und leitet mit den Abwässern riesige Mengen an Schwermetallen (Zink, Blei, Cadmium) in die Gailitz. Welche Maßnahmen sind zur Sanierung bis wann geplant?
- 29.) Die BBU betreibt eine Schlackendeponie mit hohem Schwermetallanteil, die über keinerlei Absicherung und Genehmigung verfügt. Wann wird der gesetzliche Zustand hergestellt?
- 30.) Wie weit arbeitet die Sonderabfallentsorgungsgesellschaft der VA Linz (SEG), mit wem hat sie Verträge abgeschlossen, entsorgt sie Sondermüll aus anderen Staaten, wie erfolgt die Entsorgung und welche Mengen welcher Stoffe entsorgt die SEG?
- 31.) Halten Sie die Aussagen des Umweltberichtes 1985 für unrichtig, übertrieben und erfunden?
- 32.) Welche konkreten Veranlassungen haben Sie in Kenntnis der Aussagen des Berichtes zum Schutz von Mensch und Umwelt getroffen?
- 33.) Warum haben Sie den Bericht, als Sie ihn erhielten, nicht sofort der Öffentlichkeit übergeben?
- 34.) Sollten Sie den Bericht nicht gekannt haben, muß Ihnen seine Existenz spätestens seit der auszugsweisen Veröffentlichung im "Spiegel" im Mai 1987 bekannt sein. Warum haben Sie den Bericht nicht sofort von Ihrem Ministerkollegen angefordert und entsprechend reagiert?